

und dann, wenn er einmal daneben haben sollte. Es sollten die Antragsteller der Anträge 24, 25, 26 und 27 bedenken, daß, wenn ihre Anträge angenommen würden, ein sehr großer Teil der Besonderen bald das Leben des „Steinarbeiter“ aufgab. Gerade der „Redaktionschwanz“ gibt erst manchem unverständigen und unverständlichen Artikel das richtige Gewürz und ist dadurch eher zu genießen und zu verdauen.

Ich bin mir bewußt, daß man mich, wie Kollege Mühlbauer sich ausdrückt, zu den „Stützen des Zentralvorstandes“ zählen wird. Auch vielleicht noch dadurch, daß ich die Karenzzeiten nicht als alten Pöppel, sondern bedingt auch als Erziehungsmittel betrachte. Es müßte abermals jeder Kollege dann so viel Versicherungsmathematiker sein, um sich ausrechnen zu können, daß der Wegfall der Karenzzeiten viel höhere Beitragsleistungen bedingt, wie seither üblich. Wie sich eine große Minderheit dafür interessiert, zeigt die Abstimmung über die Beitragserhöhung, an welcher sich nur 55 Prozent, also kaum die Hälfte unserer Mitglieder beteiligten.

Zum Schluß die Bitte an die Delegierten: Keine überreifen Beschlüsse, sagt solche, die geeignet sind unseren Verband auf zeitgemäßer Höhe zu erhalten. Einwickeln braucht sich keiner zu lassen. Aber wenn durch die gegenseitige Aussprache eine vorgetragene Meinung sich als irrig erweist, so folge man der neu-gewonnenen Ueberzeugung.

Reorganisiert unseren Verband wo und wie es angebracht ist, und festigt durch Einigkeit unseren mit so unglücklicher Mühe, Kampfesmut und vieler persönlicher Opferbereitschaft aufgebauten Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands!
Wiesbaden. S. 3.

Streitversicherung.

(H. v. Bekth.) Trotz einigen Hinweisen in der Arbeiterpresse wissen auch heute die wenigsten Arbeiter, was Streitversicherung ist. Einige ganz kurze Bemerkungen über ihr Wesen und ihre Entstehung sind deshalb nicht überflüssig.

Vor ungefähr 20 Jahren kam einigen amerikanischen Unternehmern — vielleicht von selbst oder vielleicht auch durch die Lesarten von Arbeiterblättern angeregt — die Erkenntnis, daß der Streik eine soziale Massenversicherung ist. Er ist nicht, wie die Unternehmensexperte früher behauptet hat, das Werk einiger Hecker; sondern mit dem Wirtschaftssystem untrennbar verbunden und fordert seine Opfer ebenso regelmäßig wie der Selbstmord, die Tuberkulose und die Kriminaljustiz.

Ganz so gleichmäßige Ergebnisse, wie z. B. die Sterblichkeitsstatistik, weist die Streitstatistik ja nicht auf, aber doch so viel Regelmäßigkeit, daß in keinem Jahre mehr als dreimal soviel Arbeiter gestreift hatten wie im vorhergehenden und im darauffolgenden Jahre.

Die amerikanischen Unternehmer fanden nun, daß sich auf einer solchen Erfahrung sehr wohl eine Versicherung begründen ließe. Man brauchte höchstens das Dreifache des jährlichen durchschnittlichen Verlustes als Prämie zu erheben und Generalstreiks von der Versicherung auszuschließen, um eine sehr weitgehende und doch gut fundierte Streitversicherung zu haben. Der Plan wurde verwirklicht, und die erste amerikanische Streitversicherungsgesellschaft regulierte schon im ersten Jahr ihres Bestehens nicht nur glatt alle Streikschäden, sondern zahlte auch noch 24 Prozent Dividende.

Das Beispiel der Amerikaner wurde rasch in allen Ländern nachgeahmt. In Deutschland bestanden vor dem Kriege 17 Streitversicherungsgesellschaften und 168 Arbeitgeberverbände mit Streitversicherungseinrichtungen. Rund 47 000 Arbeitgeber mit rund 2 300 000 Arbeitern waren in irgendeiner Form gegen Streik versichert. Wahrscheinlich ist dies mit ein Grund gewesen, weshalb trotz allen gewerkschaftlichen Fortschritten der Arbeiter ihre Streikerfolge immer geringer wurden. Von 1899 bis 1903 hatten 21 Prozent aller Streiks vollen Erfolg, im Jahre 1913 von

2127 Streiks nur 356, das sind 17 Prozent. (Siehe „Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich“).

Nach der Revolution wurde die Streitversicherung der Unternehmer sehr erheblich verbessert und erweitert. Die vorhandenen Versicherungseinrichtungen wurden in einer großen Organisation zusammengefaßt, welche den Namen „Deutscher Streikversicherungsverein“ erhielt und deren Geschäftsräume sich zu Berlin W 62, Burggrafenstraße 11, befinden. Ueber den Geschäftsumfang der Gesellschaft ist nichts Genaueres bekannt, aber sicher ist, daß sie von Monat zu Monat an Ausdehnung und Finanzkraft gewinnt.

Einige Einzelheiten über die Technik der Streitversicherung werden interessieren. Es wird angenommen, daß der Arbeitgeber wenigstens 25 Prozent vom Lohne seiner Arbeiter verdient, und dieser Verdienst wird in der Regel im Streikfalle vergütet. Höhere Prozentsätze sind aber gar nicht selten.

Die Prämie beträgt meistens 1 pro Tausend der gezahlten Löhne. In einigen Industrien, wo wenig gestreift wird, sinkt sie auf 1/2 pro Tausend, in andern, wo Streiks häufig sind, steigt sie auf 3 pro Tausend. Soll die Entschädigung über den hundertsten Streiktag hinaus gezahlt werden, so ist eine Extraprämie zu entrichten. Ein für die Arbeiter günstiges Moment ist, daß bei Massenstreiks die Entschädigung herabgesetzt wird. Wenn z. B. pro Arbeiter und Streiktag 20 Prozent des Tagelohns versichert sind, so werden nur 17 1/2 Prozent gewährt, falls mehr als 20 Arbeiter streiken; und nur 15 Prozent, wenn mehr wie 50 Arbeiter streiken. Diese Zahlenverhältnisse werden aber durchaus nicht einheitlich angewendet. Die Ursache der Herabsetzung der Entschädigung bei Massenstreiks ist klar. Der Streitversicherungsgesellschaft wächst durch Massenstreiks ein großes Mißlo. Dieses Mißlo sucht sie abzuwehren und erreicht durch die Herabsetzung der Entschädigung tatsächlich, daß bei Massenstreiks für den Arbeitgeber ein wirksames Motiv geschaffen wird, sich mit den Arbeitern gütlich zu einigen. So sorgt die Streitversicherung selbst dafür, daß die Bäume der Arbeitgeber nicht in den Himmel wachsen.

Die Durchschnittsprämie von 1 pro Tausend ist nicht hoch und weicht für jeden Arbeitgeber erheblich. Auch ist klar, daß, wenn viele Arbeitgeber sich an der Versicherung beteiligen, es möglich ist, die Streitversicherungsprämie einfach auf die Warenpreise zu schlagen. Dann ist es gewissermaßen in letzter Linie der Arbeiter selbst, der die Streitversicherung bezahlt. Man mache sich klar, was das heißt: Wenn der Arbeiter sich morgens ein Stück Brot zum Frühstück abhandelt, so hat er schon dazu beigetragen, den Wäldermeister für einen Streik zu entschädigen, der vielleicht erst nach Monaten stattfindet!

Vieleicht bringt diese Ueberlegung manchen dahin, nunmehr seine Waren ganz ausschließlich beim Konsumverein zu beziehen, soweit dieser sie liefern kann.

Die Streitversicherung der Unternehmer stellt die Arbeiter vor eine ganz neue Lage.

Bisher haben sich die Arbeiter wohl nur ganz ausnahmsweise darum bekümmert, ob der Arbeitgeber, bei dem gestreift werden sollte, gegen Streik versichert war oder nicht. In Zukunft wird das geschehen müssen. Es ist klar, daß z. B. Lohnbewegungen bei Firmen, von denen man weiß, daß sie gegen Streik versichert sind ganz andere Formen haben müssen, als Lohnbewegungen bei Firmen, welche diesen Rücksicht nicht haben.

Die Kenntnis vom Bestehen einer Streitversicherung wird vor allem wilde Streiks bei den Arbeitern psychologisch unmöglich machen. Auch der verbotene Kommunismus muß einssehen, daß gegen einen streikversicherten Unternehmer nur die Macht einer großen, mächtigen, finanzkräftigen und gutgeleiteten Organisation aufkommen kann.

In übrigen aber muß man sich darüber klar werden, daß in dem Maße, wie die Streitversicherung an Bedeutung gewinnt, der Kampfsinn der Arbeiter unvermeidlich eine andere Richtung erhält. Bisher war der Streik die beste und stärkste Waffe der Arbeiter. Dadurch, daß diese eine Waffe stumpf geworden ist, wird die Arbeiterklasse aber noch nicht wehrlos.

Es gibt sehr viele sehr radikale Sozialisten, welche doch die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter gern vermieden sähen, wenn damit ein Ausfall an Produktion verbunden ist. Sie meinen, daß der Anteil der Arbeiter an der Produktion unmöglich steigen kann, wenn die Produktion selbst vermindert wird. So erklärt es sich auch, daß die Bestrebungen zur Einführung einer gleitenden Lohnskala gerade beim linken Flügel der Sozialisten viel Unterstützung finden. (Nur auf Lohnabbau dürften sie sich nicht einlassen, und wenn die Preise noch so sehr sinken!)

Die Streitversicherung wird die Arbeiter wahrscheinlich dahin bringen, daß sie, um allem Streit ein Ende zu machen, wünschen, die Betriebe selbst zu übernehmen eventuell sogar einschließlich der Betriebsleiter. So radikal wie dieses Ziel auch erscheint, so friedlich und ruhig kann es erreicht werden, wenn die Unternehmer erkennen, wo ihre Macht eine natürliche Grenze hat, und welchen Weg die Entwicklung unweiderrücklich genommen hat.

Schon mehrfach ist vorgeschlagen worden, daß die Arbeiter den Unternehmern die Betriebe gegen einen angemessenen, in etwa 25 Jahren abzutragenden Preis abkaufen sollten. Kautsky und Hilferding haben in bezug auf die Einzelheiten einige Vorschläge gemacht, die sicherlich praktisch brauchbar sind. Die Erfahrungen in Italien, wo die Arbeiter eine Anzahl von Betrieben ohne Entschädigung zu enteignen versuchten (und mehrere hundert Landgüter besitzen sie heute noch), werden die Unternehmer vielfeicht veranlassen, in ein Gezeck zu willigen, wonach die Belegschaft großer Betriebe das Recht hat, mit vier Fünftel Mehrheit die Enteignung des Betriebes gegen Entschädigung zu bewirken.

Das wäre dann allerdings das Ende der Streitversicherung und der Streiks und — mehr als das!

Aus den Zahlstellen.

Hlersburg. Es kommen nach hier fortwährend Steinmetzen und Schiefer zugereist und sehen dann mit großer Enttäuschung die unheimlichen Berufverhältnisse an Ort. Die paar hiesigen, zum Verband haltenden Kollegen werden durch Handlungen indifferenter Elemente sehr geschädigt. Die Steinmetzen und Schiefer erhalten 15 Mark Stundenlohn, während die Bauarbeiter 19 Mark haben. Das ist eine Folge des Indifferenzismus. Den Vorteil haben davon die Arbeitgeber. Bei der Firma Johansen arbeitet ein ganz besonders „tüchtiger Kollege“: Hans Körner! Der sagt ganz einfach, daß ihr andere Kollegen nichts angehen, er mache seinen Lohn selber. Dabei arbeitet er 10—12 Stunden, natürlich Akkordarbeit und die Buchstaben in Granit „schrif“ er je mit 1.80 Mark, in Marmor mit je 1.40 Mark. Solche Kollegen schädigen die Allgemeinheit sehr durch ihren blinden und unverständlichen Egoismus. Auf einigen andern Plätzen arbeiten Unorganisierte noch zu einem geringeren Lohn wie tariflich festgelegt. Die Verbandskollegen ersehen aus diesen wenigen Angaben, wie es in Hlersburg bestellt ist und es wird kaum jemand geben, der sich nach hier beht.

Karlsruhe. Am Sonntag, dem 19. März, tagte im Lokal zum Pfaffen in Karlsruhe die Konferenz des 6. Gau. Der Gauleiter Kollege Sarfert eröffnete die Konferenz, hieß den Zentralvorstand, Delegierte und Zuhörer willkommen. Von 60 Zahlstellen waren nur 23 vertreten durch 29 Delegierte. Die Tagesordnung wurde angenommen. Kollege Sarfert wurde als Verhandlungsleiter, Kollege Zeeb als Schriftführer, die Kollegen Wannenmacher und Fuchs als Beisitzer gewählt. Aus dem Geschäftsbericht des Gauleiters war zu entnehmen, daß bis heute noch in ganz Baden kein Bezirkstarek nach dem Reichsarbeitsvertrag vom 16. Oktober 1920 abgeschlossen werden konnte. Trotz mehrmaliger Umfrage lehnten die Arbeitgeber ab, mit der Begründung, daß ein Bedürfnis hierzu nicht vorliege. Die Zahl der in der Pfalz beschäftigten Sandsteinarbeiter ist von 1200 vor dem Kriege auf 300 zurückgegangen. Auch die Zahl der Betriebe hat sich gewaltig verringert. Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern haben 268 stattgefunden, und außerdem 82 Verhandlungen vor den Schlichtungsausschüssen. Die Massenführung in den Zahlstellen ist im allgemeinen besser geworden wie vor dem Kriege. Bei der Beitragszahlung wurde darauf hingewiesen, daß die Ortsverwaltungen dafür wirken sollen, daß die Bei-

Arbeitsgerichte.

I.

(F. R.) Die neue Reichsverfassung verspricht im Artikel 157 die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts, das folgerichtig auch eine einheitliche Gerichtsbarkeit zur Entscheidung aller aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebenden Streitigkeiten bedingt. Es war deshalb selbstverständlich, daß der beim Reichsarbeitsministerium zur Vorbereitung des einheitlichen Arbeitsrechts eingesetzte Arbeitsrechtsausschuß auch den Entwurf eines Arbeitsgerichts-gesetzes ausgearbeitet übernahm. Dieser vom Innenminister IV des Arbeitsrechtsausschusses ausgearbeitete Entwurf, der im Herbst 1920 vorlag, wurde auf der Tagung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Bamberg im September 1920 erörtert und dann, auf Grund dieser Verhandlungen in einigen Punkten abgeändert, dem Reichsarbeitsministerium erneut vorgelegt. Beide Entwürfe begreifen die Schaffung einer einheitlichen und lückenlosen Arbeitsgerichtsbarkeit, indem für den Bezirk jeder unteren Verwaltungsbehörde ein Arbeitsgericht, für größere Bezirke je ein Landesarbeitsgericht, und schließlich — im zweiten Entwurf — auch ein Reichsarbeitsgericht beim Reichsgericht geschaffen werden sollte. Eine Verbindung mit den ordentlichen Gerichten war, außer beim Reichsarbeitsgericht, nicht vorgesehen, allerdings aber eine bedenkliche Bestimmung, wonach zu Vorsitzenden nur Personen ernannt werden sollten, die die Fähigkeit zum Richteramt besitzen.

Der Entwurf wurde wegen seines Festhaltens an der Sondergerichtsbarkeit — insbesondere von Deutschen Nichtertrag und vom Deutschen Juristentag — aufs schärfste bekämpft. Man verlangte die Eingliederung der Arbeitsgerichte in die ordentlichen Gerichte, und es ist denn auch dem Betreiben der Juristen gelungen, bei den Besprechungen im Arbeitsministerium mit den übrigen Dienststellen des Reichs und den Vertretern der Länder, diesem Gesichtspunkt der Eingliederung in die ordentlichen Gerichte zum Siege zu verhelfen. Ein Referentenentwurf, der in einer Beratung von Vertretern der Spitzenverbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, sowie Vertreter der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, angestellten Richtern, Justizamännern usw. am 1. und 2. März 1922 im Reichsarbeitsministerium durchgesprochen wurde, geht denn auch völlig von dem bisherigen Grundgedanken der Sondergerichtsbarkeit in Arbeitsstreitigkeiten ab und gliedert die Arbeitsgerichte an die Amtsgerichte, die Landesarbeitsgerichte an die Landgerichte, das Reichsarbeitsgericht an das Reichsgericht an.

Damit wird die Grundlage der bisherigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbarkeit beseitigt und nicht nur der bisherigen Form, sondern auch dem Geiste der Arbeitsrechtsprechung das Todesurteil gesprochen.

II.

Die Frage „Sondergerichte“ oder „ordentliche Gerichte“ stellt das eigentliche Problem bei jeder Behandlung der Frage der Arbeitsgerichte dar. Von ihrer Beantwortung wird das Schicksal der künftigen Rechtsprechung aus Arbeitsstreitigkeiten abhängen. Es ist deshalb notwendig, auf diese Grundfrage näher einzugehen und die Gründe, die für und gegen die Regelung vorgebracht werden, zu untersuchen. Die bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sind gemeindliche Einrichtungen. Sie werden entweder durch eine einzelne Gemeinde oder durch mehrere Gemeinden, oder für den Bezirk eines weiteren Kommunalverbandes errichtet. Ihre Einrichtung erfolgt durch Ortsstatut, das die höhere Verwaltungsbehörde zu genehmigen hat. Nach § 3 des Gewerbegerichts-gesetzes darf der Vorsitzende sowie dessen Stellvertreter weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein, er wird durch den Magistrat oder durch die Gemeindeverwaltung, im Kommunalverband durch die Verbandsvertretung, gewählt. Beim Kaufmannsgericht sollen zwar Personen, die die Fähigkeit zum Richteramt erlangt haben, gewählt werden, doch können auch Personen gewählt werden, welche die Fähigkeit zum höheren Verwaltungsdienst be-

sitzen. Außerdem kann die höhere Verwaltungsbehörde Ausnahmen zulassen. Der Regel nach werden die Vorsitzenden des Gewerbegerichts auch Vorsitzende des Kaufmannsgerichts. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß gerade diese Bestimmungen in besonderer Maße dazu beigetragen haben, der Rechtsprechung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte — im Unterschied zu der ordentlichen Gerichte — das Vertrauen der Arbeitnehmerschaft zu nehmen. Der Vorsitzende des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts ist in der Regel ein Verwaltungsjurist im Kommunaldienst, manchmal auch ein Rechtsanwalt, häufig auch eine sonstige im sozialen Leben stehende und allgemeines Vertrauen genießende Persönlichkeit. Der Kommunaljurist bringt — im Unterschied zum Normaljuristen des Richterstandes — eine unangenehme Verwaltungspraxis mit, die ihn (sanz anders als den Richter) mit den Tatsachen des Wirtschafts- und sozialen Lebens in Verbindung bringt. Auch scheidet die Personenkenntnis, die ein Magistrat oder eine Stadtvorstanderversammlung oder auch ein Kommunalverband über den Kreis der in Frage kommenden Anwärter besitzt die Auswahl eines Vorsitzenden, gegen den weder von Arbeitgeber noch von Arbeitnehmerseite gund-wöhnliche Einwendungen gemacht werden können. Demgegenüber wird nun in der Begründung zum Referentenentwurf mit wenig durchschlagenden Argumenten folgendes ausgeführt:

1. Der Ausbau der bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu Arbeitsgerichten für alle Arbeitsstreitigkeiten scheidet am Widerstand der Städte, insbesondere des Deutschen Städte-tages und des Bayerischen Städtebundes.

In der Tat erklärten denn auch die Vertreter der Gemeinden in der erwähnten Besprechung, daß ein Ausbau der kommunalen Gerichte aus finanziellen Gründen nicht in Frage komme. Es ist klar, daß dieses Argument nicht sonderlich stark ist. Wenn das Reich bereit ist, die Kosten der Arbeitsgerichte zu übernehmen, wie dies im vorliegenden Entwurf geschieht, so steht der Er-stattung der Kosten oder wenigstens einer Verteilung der Kosten zwischen Reich, Staat und Gemeinden auch bei der Bildung von Arbeitsgerichten in Anbetrachtung an die kommunalen Selbstver-waltungskörper nichts im Wege, indem etwa das Reich fünf Zehntel, das Land drei Zehntel, die Gemeinde oder der Gemeindeverband zwei Zehntel der Kosten übernimmt, denn auch den Ländern sollen nach § 65 zur Abgeltung der entstehenden Mehrkosten jährliche Reichszuschüsse gewährt werden. Auch will der Referenten-entwurf die Gemeinden keineswegs von den Lasten der Arbeits-gerichte völlig befreien, vielmehr sollen nach § 94 die Gemeinden und Gemeindeverbände „gegen angemessene Entschädigung“ ver-fügbare Räume nebst Reinigung, Beleuchtung und Heizung zur Verfügung stellen. Ebenso unrichtig wäre es, zu behaupten, daß durch den Vorschlag des Referentenentwurfes Mehrkosten erspart würden. Ein Ausbau der bestehenden Gewerbe- und Kaufmanns-gerichte zu allgemeinen Arbeitsgerichten, zu denen lediglich für Kommunalverbände, in denen bisher Gewerbe- und Kaufmanns-gerichte nicht bestanden, neue Arbeitsgerichte zu treten hätten, würde nicht kostspieliger sein als der Ausbau der bestehenden Amtsgerichte, denn selbstverständlich wäre auch dieser ohne ent-sprechende Vermehrung der Richter und des nötigen Verwaltungs-apparates nicht möglich. Auch steht der Entwurf die Bildung ge-meinsamer Arbeitsgerichte für die Bezirke mehrerer Amtsgerichte oder Teile von ihnen, insbesondere für ein einheitliches Wirt-schaftsgebiet, vor, und entsprechend für die zweite Instanz die Bildung gemeinsamer Landesarbeitsgerichte für das Gebiet mehrerer Länder oder Teile von ihnen, was wiederum ohne organi-satorische Um- und Neugestaltungen nicht möglich ist, zumal das Arbeitsgericht im Bedarfsfalle als selbständige Abteilung ein-zurichten ist, das Landesarbeitsgericht sogar seinen Sitz außer-halb des Orts haben kann, an dem das Landgericht, bei dem es gebildet ist, seinen Sitz hat.

2. Die angeblich stärksten Gründe, die das Arbeitsministerium in dem Entwurf vorbringt, und die auch der Reichsjustizminister und seine Nähe in der erwähnten Besprechung wiederum vor-bringen, sind aber folgende: Das ordentliche Gericht verbürge eine

von politischen Einflüssen freie sachkundige Geschäfts- und Pro-zessleitung. Es bestehe bei arbeitsgerichtlichen Streitigkeiten häu-fig eine Verbindung mit Rechtsfragen aus anderen Gebieten, wie Mietrecht, Erbrecht usw. Ferner würde durch die Eingliederung der Arbeitsgerichte in die ordentlichen Gerichte auf letztere ein gegenwärtiger Einfluß — die Durchdringung der ordentlichen Gerichte mit dem Verständnis für soziale Fragen — ausgeübt. Selbst-lich wird behauptet, daß durch besondere Vorschriften die Rechts-der bisherigen Sondergerichte auf die ordentlichen Gerichte über-tragen werden könnten, während andererseits die Einheitlichkeit der Rechtsprechung gewahrt würde. (Beratung 1921.)

Mai und Ideal.

Der schönste Tag des Jahres, der Tag, der dem Volke seit je den Beginn der lieblichsten Zeit bedeutet, dieser Tag des le-gendenden Leizes ist der Tag des Proletariats, und es ist ein Beweis für den verdorrten Geist des Bürgertums, daß es dem Proletariat bei der Feier dieses Weltentages immer und immer wieder solche Schwierigkeiten bereitet. Was lebt denn an diesem Tage im Volke? Warum ist gerade der 1. Mai der Tag des Proletariats? Zeigt nicht schon die Wahl des Tages, daß es ideales Fühlen ist, das sich an diesem Tage regt? Der Mai beginnt. Da lebt die Hoffnung und das Sehnen und das Fühlen und das Erleben der Einheit von allem, was ist, in uns.

„Der Mai ist gekommen.“ Jubelnd sang es der Mund seit je. In den Knospen, die jetzt draußen schwellen, lebt das Herz, und mit den Vögeln jubiliert es, und es möchte die lachende Sonne trinken, so wie alles, was lebt, aus dem steigenden Sonnenballe das Leben schöpft. Wie kann es so anders sein, als daß der Mensch an diesem Tage auch ein heiliges Fühlen in sich trägt zu denen, die mit ihm Menschen sind, zu denen all, die mit ihm Menschenantlitz tragen, gleich ob sie nun zufällig hüben oder drüben der Grenzspähle ihre Heimat haben. Eine Menschheit! Ein Menschentum von freien Völkern! Das, was die größten Geister der Menschheit stets ahnend verkündeten, die große Einheit von allem der Welt, das ist es, was am ersten Matentage im Volke sich so lebendig regt und zu bewußtem Fühlen wird, während das Bürgertum des Besitzes und der Wil-dung kalt absteht steht und nicht einen Funken dieses heiligeren Fühlens in sich empfindet. Der Idealismus, wie ihn unsere Dichter und Denker immer poetisch verkörpert, er lebt im Volke unten, im Volke allein.

Die eine Menschheit soll das große Neue sein, das kommen wird. Aus uns heraus! Durch unsere gestaltende Tat, durch unseren organisatorischen Kampf das Ideal! Auch wenn wir selber nicht mehr die Träger des neuen Sieges sein werden, kämpfen wir. Wir sind nicht die kalten, berechnenden Egoisten, die stets nur das erstreben, was ihnen selber persönlich materielle Nutzen bringt. Wohl wollen wir auch unser materielles Recht, wohl durch den Gewerkschaftskampf auch unsere materielle Existenz, doch ist das nicht unser höchstes, letztes Ziel. Das Ideal des einen Menschentums, das ist das Große und Erhabene, das an dem größten proletarischen Weltentage in uns lebt. Wir wollen unser wirtschaftliches Recht, um dann in voller Kraft und vollem Können zeigen zu können dem neuen unser inneres, freies, durchgeatmetes Ich.

Aus uns die Menschheit! Das ist das Ideal, das die Maten-tage immer und immer wieder in uns entzündet, das am Matentage immer und immer wieder in uns Freude und Wärme und Siegesgefühl weckt. Mag der verdörrte Stieper auch nur spöttlich lächeln: im Greifenatter steht das Bürgertum, und daß das Proletariat sich seinen Mai nicht nehmen läßt, daß es den Mai als höchsten Tag nicht einer Lohnerhöhung widmet, son-derm als Tag des Ideals zu feiern immer mehr als Recht erzwingt, das zeigt, daß sich da im Volke unten neues Hoffen, neues Leben regt, daß trotz der internationalen Finsternis des Heute von unten heraus eine neue Sonne sich aufzwingt mit liegender Kraft zu menschenbelebender Wärme und Freude.

träge auch wirklich nach dem Verdienst entrichtet werden. Am Schluss des Jahres 1921 hatte der 6. Gau 60 Zellstellen mit 6240 Mitgliedern. Die Zunahme beträgt 1600. Arbeitsstellen haben in fünf-Orten stattgefunden (Mannheim, Sriesheim, Stuttgart, Eberbach und Elzweiler). Die Betriebsräte sollten noch mehr wie bisher in das Betriebsrätegesetz eindringen, die bestehenden Kurse besuchen, damit sie den Aufgaben, die im Gesetz stehen, auch Geltung verschaffen können. In der Diskussion jagte im Auftrag der Gaukommission Kollege Zeeb, daß alle Vierteljahre die Kasse revidiert, Rechnungen und Belege genau geprüft und stets in bester Ordnung vorgefunden wurden; er stellte den Antrag, dem Gauleiter für seine Tätigkeit Entlastung zu erteilen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Kollege Wannenmacher forderte, Bezirksräte abzuschließen. Kollege Schmidt verlangte, daß die Kunstgewerbetler dem Zentralverband der Steinarbeiter angeschlossen werden und daß vor Lohnverhandlungen der Zentralverband der Steinarbeiter vom Fabrikarbeiterverband verständigt werden müsse, um einen Vertreter zu Verhandlungen zu stellen. In Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit wird die Redezeit auf 10 Minuten beschränkt. Kollege Nagel ist mit der Tätigkeit des Gauleiters einverstanden. Kollege Schrumpf spricht gegen die Härten des Betriebsrätegesetzes, Kollege Gras sagt, daß Lohnforderungen der jeweiligen steigenden Teuerung angepaßt werden müssen. Kollege Wegand ist kein großer Freund von Reichstagsabstimmungen und meint, sie seien ein Hemmschuh für die Großstädte. Kollege Moosmüller ist mit der Anstellung und der Bezirksleitung im Obenwald zufrieden. Kollege Winkler vom Zentralvorstand ging auf die verschiedenen Meinungen der Delegierten ein. Zur Ferienfrage stellte er fest, daß der Reichsarbeitsvertrag vom 16. Oktober 1920 für allgemein verbindlich erklärt wurde, die Kollegen somit ein laßbares Recht haben, auch da, wo keine Bezirksräte bestehen. Gauleiter Sarfert lobte Kritik, daß die Schlichtungsausschüsse nicht immer die richtige Zusammenfassung haben, und schlechte Urteile meistens von unsocialen Besitzern herbeigeführt werden. Das mögen die Kollegen beachten bei ihrer Kritik. Ueber Anschlag an den Baugewerksbund referierte der Zentralvorsitzende Kollege Winkler. In seinen Ausführungen kam er zu der Ansicht, daß er ein Freund des Verbandes sozialer Baubetriebe sei, aber bis jetzt hätte er sich noch nicht mit der Verschmelzung befreunden können. — In der Diskussion stellte Kollege Schmidt den Antrag, daß ein Korreferat gehalten wird. Der Antrag wurde mit 9 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Kollege Wegand und Eiser sprechen für die Verschmelzung, während die Kollegen Gras, Rammelsbach, und Buchs, Kappelrodt, gegen die Verschmelzung sprechen. Kollege Schmidt bedauerte, daß die zehn Punkte, die vom IOGB aufgestellt wurden, noch nicht in Erfüllung gegangen sind. Kollege Moosmüller wünscht, daß die Zentralleitung ein schnelleres Tempo einsetzt bei Lohnverhandlungen. Gauleiter Sarfert beantragte, die Verschmelzungsfrage dem Verbandstag zu überweisen, ebenso die gestellten Anträge zur Gaukonferenz. Dies wurde einstimmig beschlossen. Nachdem noch unter Punkt Verschiedenes einige interne Fragen erledigt waren, schloß der Verhandlungsleiter 10,20 Uhr abends die Konferenz.

Söbau-Oppach. Versammlungs-Tagesordnung: Stellungnahme zum Verbandstag, Kandidatenaufstellung, Verschiedenes. Nach Eröffnung gibt Kollege Schwarz Bericht über die neubewilligten Zulagen, er weist darauf hin, daß sich die Verhandlungen wieder sehr schwierig gestalten, denn zwischen 200 Prozent Forderung und 50 Prozent Angebot sei ein weiter Weg. Obwohl das Erreichte nicht befriedigt (in der Verhandlung selbst wurden 100 Prozent neu gefordert, darüber aber jede Verhandlung abgelehnt), nahmen die Delegierten dennoch an; denn die Verschleppung und Versögerung vor einem Schlichtungsausschuß sei allen Kollegen hinlänglich bekannt. Er glaubt auch die Annahme gegenüber den Kollegen verantworten zu können. Zur weiteren Kenntnis gibt er, daß auch die Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und Arbeitgeber in bezug auf Bezahlung der 10prozentigen Grundlohnzulage für Fecht- und Fechtlohnarbeiter längere Zeit in Anspruch nahmen. Nachdem nun das Gewerbegericht in Löbau zu unsern Gunsten entschied, versuchen die Herrern nun, den Begriff Fechtarbeiter zu verdrängen, so erklärt z. B. der Inhaber der Firma Leuschner die „Speller“ als Nichtfechtler. Auch hier wird wieder gerichtliche Hilfe in Anspruch genommen werden müssen. Von der Raffinerie der Herren kann sich jeder Kollege leicht ein Bild machen. In der Debatte äußerten sich verschiedene Kollegen, daß es befremdend sei, und wieder auf Grundlohn für Fechtlohn und Hilfsarbeiter zurückgekommen wurde. Ein Antrag, der für alle ledigen Kollegen über 20 Jahre eine Gleichstellung mit den verheirateten Kollegen vorsieht, fand Zustimmung. Darauf wurde die Zulage gutgeheißen und Kollege Schwarz beauftragt, im Hinblick auf die immer weiter steigende Teuerung eine neue Forderung zu übermitteln. Wir haben laut Wahlfreieinteilung zwei Delegierte zu entsenden. Auf Vorschlag des Gauleiters Ernst sollen wir zugunsten der uns zugeteilten kleinen Zellstellen auf einen Delegierten verzichten. Während man anfangs geneigt war, diesem Vorschlag beizutreten, änderte sich aber die Meinung nach Besprechung des Verhaltens der in Frage kommenden Zellstellen auf der Gaukonferenz zur Verschmelzungsfrage. Auf Grund ihrer verneinenden Stellung beschloß die Versammlung, auf zwei Delegierte zu beharren. Vorge schlagen sind Schwarz, Mehrfort, Jeschke. Nachdem noch die Anträge gutgeheißen und denselben zugestimmt worden war, kam man zum „Verschiedenen“. Hier wurden verschiedene Betriebsvorlesungen besprochen, die aber meistens ohne öffentliches Interesse waren. Sehr interessant waren die Ausführungen, die Kollege Schwarz hier machte und uns zeigt, auf welche Art und Weise die Unternehmer versuchen, gegen den Verband und dessen Funktionäre Mißtrauen zu erregen. Während man schon anfänglich versuchte, den Angestellten überhaupt nicht mehr in die Werkstätten zu den Kollegen zu lassen (was aber der Betriebsrat vereitelte), empfängt und verhandelt der Unternehmer ohne weiteres jetzt mit ihm; sobald er aber den Betrieb verlassen, begibt sich der Unternehmer „zufällig“ in die Werkstätten, knüpft ein Gespräch an und nun geht's in Hinsicht auf die Gewerkschaftsangelegenheiten los: „Auch einer der von eurem Gelde lebt und eure gesteuerten Großchen einsteckt, wieviel müssen doch die Arbeiter solche Herren ernähren? Wenn der Tag um ist, weiß er was er hat, ist keine Kunst hier her zu kommen, euch aufzufuchen eventuell zum Streit usw.“ Wenn dies auch bei langjährig organisierten Kollegen wenig veranlaßt, so haben wir doch genug Neulinge, die den Einflüsterungen der Unternehmer nur zu willig Gehör schenken. Sie tragen das Gehörte und ihnen vorgebrachte immer weiter, framen es bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit aus, bedenken aber dabei nicht, daß sie dadurch letzten Endes sich selbst schädigen und getreulich die Geschäfte der Unternehmer besorgen; zumal wenn neue höhere Beitragsleistung in Aussicht steht, werden solche Einflüsterungen mit Wonne hervorgeholt, um gegen die Beitragsleistung zu machen. Der Unternehmer sondiert eifrig, wie weit sein ausgebreiteter Same geblieben ist und freut sich, wenn er konstataren kann, daß seine Saat Wurzel schlägt, denn jedes Wankelmütigen gegenüber dem Verband kann er als Erfolg buchen und hat so leichteres Spiel in bezug auf Ausbeutung. Kollegen, hier heißt es wachsam sein, denn je lauter die Organisation gehandelt wird, um so mehr zeigt es sich an den Lohn- und Arbeitsbedingungen. Darum, seid eingedenk eurer gewerkschaftlichen Pflichten: Treu zum Verband, entrichtet gern und willig eure statutarischen Beiträge, denn diese sind unsere Hauptwaffe in den kommenden Kämpfen und besetzt die Versammlungen zahlreicher als bisher.

Roth (Hts.). In der Versammlung vom 15. März waren drei Punkte zu besprechen: Bericht des Delegierten vom Altentfischen; Aufstellung des Kandidaten und Ersatzmanns nach Leipzig und Verschiedenes. Kollege Füll las nun den Bericht und auch den Tarif vor. Ueber den Bericht wurde nicht viel gesprochen. Der Tarif wurde von den Kollegen allgemein gebilligt und anerkannt. Im Punkt 2 wurde als Delegierter-Ersatzmann Otto Füll gewählt. Im Punkt 3 wurde kritisiert, daß einige Kollegen den Achtstundentag nicht einhalten. Gegen dieses Verhalten wurde protestiert und die Betreffenden gewarnt. Kollege Geun betonte, daß wir einig und geschlossen bei jeder Gelegenheit vorgehen müssen. Kollege Löber legte das Amt als Hilfskassierer nieder. Nachfolger wurde Kollege Alwin Carl. Zum Schluß erklärte Kollege Heis, daß jetzt infolge der Lohnsteigerung unser örtlicher Verbandsbeitrag erhöht werden muß. Es wurde so beschlossen.

Reichenbach i. Oberrh. Am Sonntag, dem 5. März, tagte eine sehr gutbesuchte Versammlung. Nach Verlesung des Protokolls gab der Vorsitzende das Resultat der Würzburger Teuerungszulagenunterhandlung bekannt, die jedoch, infolge der fortwährenden Preissteigerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel durchaus nicht genüge. Man erwartet deshalb, daß bei der nächsten Zusammenkunft die Unternehmer etwas mehr Entgegenkommen zeigen, denn die Geduld der Oberrhaldarbeiter ist nicht mehr

zu Ende und unsere Kollegen gehen dort hin, wo sie lohnendere Arbeit finden. Der Beweis ist geliefert, daß infolge Arbeitsmangel die Unternehmer schon bittere Erfahrungen gemacht haben. Die abgeänderten örtlichen Krankenstatuten wurden nochmals einer kurzen Aussprache unterzogen und der Ortszuschlag auf die Beitragsmarken infolge der Mehrausgabe vom Krankentragungsbeitrag von 25 Pf. auf 50 Pf. erhöht. Anträge zum Verbandstag wurden außer den in voriger Versammlung gestellten Anträgen nicht gestellt. Diese wurden nochmals verlesen und auf Veranlassung an die Bezirksleitung weitergegeben. Die Maifeier soll dieses Jahr mit den freien Vereinen gemeinschaftlich im Ort gefeiert werden. Die Kommission ist beauftragt, ein reichhaltiges Programm aufzustellen und hoffen wir, daß sich alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an dieser Feiertätigkeit beteiligen. Die Lokalfrage wurde behandelt und den Kollegen dringend ans Herz gelegt, unsern Lokalort mehr Unterföhrung angedeihen zu lassen. Als Teilnehmer bei den bezirklichen Unterhandlungen zur Festsetzung der Stundenlöhne in Reichenbach wurde der Vorsitzende R. Seibert und Kollege Koh. Kirchbaum II bestimmt. Nachdem Schluß der anregend verlaufenen Versammlung.

Reinheim. Am Sonntag, dem 19. März, tagte in Grob- hiebertau eine Bezirksversammlung, die gutbesucht war. Der erste Punkt war Berichterstattung von der Bezirkskonferenz in Bensheim, die Kollegen waren mit deren Resultat einverstanden. Der zweite Punkt betraf Wahl eines Kassierers für Reinheim; es wurde Kollege Johann Kothenberg gewählt. Als Vergütung bekommt er vierteljährlich 50 Mark. Der dritte Punkt war das Werk Berja u (Heinrich Jakob). Die Kollegen waren erregt über die Firma, weil Herr Jakob die Prozente von der Teuerungszulage vom 16. 1. bis 2. 2. noch nicht bezahlt hat. Herr Jakob versteht es ja immer besser, als wie die andern Unternehmer. Weihnachten hatten wir Nebrilches. Da wollte Herr Jakob auch die 100 Mark nicht jedem geben, da mußten wir unsern Bezirksleiter in Anspruch nehmen. Im Punkt Verschiedenes wurde noch vorgebracht, daß die jetzigen Beitragsmarken für ein Vierteljahr beibehalten werden; den Kollegen von Eschach wurde unser Kandidat Kraft zum Verbandstag in Erinnerung gebracht.

Riedberg. Am 19. März hielt der Bezirk Südbadischen im Tirol eine Bezirksversammlung ab, außer Crottendorf waren alle Zellstellen vertreten. Bezirksleiter Zippel erstattete nach Begrüßung eingehend Bericht, legte klar, wie oft die Verhandlungen helfend einspringen mußte und wie es oft an der Energie der Kollegen selbst gefehlt hat, um ihre auf rechtlicher Grundlage ruhenden Forderungen durchzusetzen. Er ermahnte die Kollegen, daß jeder an seinem Blute im eigenen Interesse sein bestes tue und jede Zellstelle mit Nachdruck arbeite, um so dem Ganzen zu dienen. Hierauf berichtete Kollege Künze über die abgeschlossenen Lohnforderungen, die bisher durchgebrütet werden konnten und wies an der Hand von Statistiken zahlenmäßig nach, wie inzwischen die Lebensmittel und Bedarfsgegenstände im Gegensatz zu unseren Löhnen im Preise voraus geeilt sind, was uns wieder veranlaßt, weitere Lohnforderungen zu stellen. Wir müssen so den Wettlauf zwischen Lohn und Lebensmittelpreisen wieder aufnehmen. Hierauf schloß sich eine lebhafte Aussprache, in der besonders die Verschleppungstaktik einzelner Arbeitgeber in Lohnfragen gezeigelt wurde. Sodann wurden die Anträge zum 9. Verbandstag durchberaten. Auch über die Angliederung an den Baugewerksbund wurde debattiert, was aber nicht ratfam erschien, denn jeder Erwerbszweig könne nur in seinem Fach sein eigenes Interesse vertreten und fördern, drum soll in der bisherigen Weise weiter gearbeitet werden. Zum Schluß wurde noch eine Resolution angenommen, in der dem Arbeitgeberverband zwecks weiterer Lohnverhandlungen in Verbindung zu treten; gewünscht wird, die Sache mit aller Beschleunigung zu erledigen.

Uerentirchen. Am Sonntag, dem 19. März, fand in Kattvins- hagen eine Versammlung für das Oberfränkische Sandsteingebiet statt, die von 56 Kollegen besucht war. Gauleiter Schlegel sprach über die wirtschaftliche und politische Lage in Deutschland. Seine Ausführungen, die von großer Sachlichkeit getragen und durch markante Beispiele gewürzt waren, fanden den ungeteilten Beifall der Kollegen. Kollege Starke (Bremen) sprach über die Notwendigkeit einer besseren Verständigung aller Ortsgruppen untereinander, die Oberfränkische Sandstein — das ungeschätzte Material in Deutschland — verarbeiten. Er schlug den Kollegen vor, eine Arbeitsgemeinschaft mit Bremen zu bilden, damit endlich dem Treiben des Direktors Cronne, der immer versucht, die Kollegen gegen die Bremer auszuspielen, Einhalt geboten wird. Wir arbeiten denselben Stein, und recht viel Arbeit wird fertig nach Bremen geliefert; so muß auch die Lohnspanne, die zur Zeit der Versammlung 6 M. beträgt, vermindert werden. Es wurde einstimmig beschlossen, mit den Bremer Kollegen eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Die angebotenen Informationen müssen sofort gegenseitig erfolgen. Gauleiter Schlegel ging in seinem Schlußwort auf die Lohnbewegungen am Erie ein, und schlug vor, von nun ab nicht mehr die Lohnbewegungen der Brecher, Hilfsarbeiter und Steinmecher getrennt, sondern einheitlich zu führen. Auch das fassen die Kollegen ein, und so ist zu hoffen, daß unsern Kollegen Erfolge beschieden sind.

Münden. Im 22. März 1922 fand im Restaurant Müller- had eine Versammlung mit Vortrag des Gauleiters Schmidt statt über: „Volkswirtschaft und Gewerkschaften“. Vorsitzender Zientam bedauerte den schlechten Besuch. Der Referent führte aus, daß die Gewerkschaftsangelegenheiten sich viel zu viel mit Lohnbewegungen zu beschäftigen haben, dadurch müßte der andere Aufgabenteil der Gewerkschaften sehr leiden. Zur leichteren Erfassung seines Vortrags zeigte Schmidt die Entwicklung der Volkswirtschaft in graphischen Darstellungen und Tabellen, die es jedem Kollegen ermöglichen, dem Vortragenden zu folgen. 1. Die Entwicklungsstufe von der Tierzeit bis zum jetzigen Stand des Kapitals. 2. Im zweiten Teil wird der Aufbau der heutigen kapitalistischen Wirtschaft in einer Tabelle zusammengefaßt und nach dieser den Kollegen erläutert. 3. Hauptbestandteile des kapitalistischen Betriebes, hier wird genau gezeigt, wie der Betrieb sich zusammensetzt und die Produktion vor sich geht. Alles anzuführen, würde zu weit gehen. Der Hauptgrundlag dürfte darin bestehen, daß wir Arbeiter uns bemühen müssen, dies alles kennen zu lernen, besonders gilt dies für die Betriebsräte. 4. Eingliederung des Betriebsrats. Hierbei wird gezeigt, wie der Betriebsrat mit der Gewerkschaft und mit dem Unternehmer in Föhrung stehen muß. Erklärt wird noch, wie sich der Betriebsrat wieder zusammensetzt, auch der Infanzweg bei Lohnstreitigkeiten wird treffend dargelegt. Kollege Schmidt verstand es in vorzüglicher Weise, die Kollegen zu fesseln.

Hausenberg. Am 25. März fand im Gewerkschaftshaus Bayerwald unsere Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Kartellbericht, 2. Wahl eines Vorsitzenden, 3. Verschiedenes. Kollege Haussteiner gab den Bericht vom Gewerkschaftskartell Passau dem wir angehören sind; aus dem Bericht war zu entnehmen, daß für die Arbeiterschaft vieles geleistet wurde, was auch von den Kollegen anerkannt wurde. Zur Beschaffung verschiedener Gegenstände zur Ausbesserung des Gewerkschaftssekretariats Passau stimmten die Kollegen einem Antrag zu, der lautet: ein jeder Kollege möge sein Scherlein dazu hergeben und mindestens 2 M. zeichnen für die notwendigen Anschaffungen. Einige opferfreudige Kollegen erklärten sich sofort bereit, 20 M. zu zeichnen. Zum 2. Punkt gab der bisherige Vorsitzende Kollege Neudorfer den Kollegen bekannt, daß er seinen Posten niederlege, weil er von der Firma Münch als Werksführer angestellt sei. Nun möge ein fähiger Kollege seine Funktion übernehmen. Es wurden gewählt der Kollege Haussteiner als erster und Kollege Pauli als zweiter Vorsitzender. Kollege Meisinger ersuchte den neugewählten Vorsitzenden, seinen Posten treu und standhaft auszufüllen, auch danke er dem Kollegen Neudorfer für seine mühevollen Arbeit während seiner vierjährigen Tätigkeit und bedauerte den Verlust, der der Zellstelle erwächst. Unter „Verschiedenes“ wurde der Vorsitzende, Kollege Haussteiner, beauftragt, sich sofort mit der Gauleitung ins Benehmen zu setzen, damit Teuerungszulagen eingereicht werden. Die Teuerung mache sich in großen Maßstab geltend und seien die derzeitigen Löhne mit den Preisen der notwendigen Lebens- und Gebrauchsartikel nicht mehr im Einklang, auch wurden die Er-

gebnisse der letzten Verhandlungen in der Pfaffensteingruppe einer Kritik unterzogen. Zum Schluß gab der alte Vorsitzende in kurzen Umrissen einen Bericht über seine vierjährige Tätigkeit in der Zellstelle. Kollege Neudorfer trat 1906 in die christliche Organisation ein, die genannte Organisation konnte ihm aber von Anfang nicht gefallen, so kam es des öfteren zu ernstlichen Konflikten mit dessen Vertretern; bis zum Jahre 1917 war die Zahl der Mitglieder auf zehn Mann zusammengeschmolzen. Kollege Neudorfer trotzte in der Werkstatt dem Unternehmer für die Kollegen manches ab; durch seine unermüdete Tätigkeit aufmerksamer, wählte man ihn zum Vorsitzenden und in kurzer Zeit erzielte Kollege Neudorfer durch seine Agitation Erfolg, so daß die Zellstelle auf 38 Mitglieder stieg. Ende des Krieges konnte sich Kollege Neudorfer mit der Taktik der Christlichen nicht mehr einverstanden erklären und trat mit seinen Mitgliedern dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands bei. Nur vier Apostel des Herrn konnten die Energie nicht aufbringen. Kollege Neudorfer führte den Vorsitz bei seinem Uebertritt weiter, es mühte mancher Kampf geführt werden, um den hartnäckigen Arbeitgebern etwas abzurufen, aber es galt auch die Zellstelle auszubauen und die Kollegen zum Kampf zu erziehen; die rastlose Tätigkeit sollte von Erfolg gekrönt sein. Unter Mitwirkung zühtiger Kollegen gelang es, den letzten Steinarbeiter zu organisieren und die Zellstelle auf 350 Mitglieder zu heben. Eine Konjunkturereignisse wurde in Hausenberg ins Leben gerufen, hat heute 500 Mitglieder. Ein Ortsauschuß des IOGB wurde in Passau gebildet, ebenso ein Sekretariat unter Mitwirkung des Kollegen M. Auch eine Ortsgruppe der I. S. u. w. Es wird allgemein bedauert, daß M. aus der Zellstelle scheidet; die Kollegen in Hausenberg wünschen ihm Glück in seiner neuen Stellung. In einem humanen Zusammenarbeiten mit seinen Arbeitern wird nicht gezwweifelt. Wir hoffen, daß unser Kollege Haussteiner als Vorsitzender die Interessen der Kollegen ebenso wahrnehmen wird wie sein Vorgänger und die gleichen Schube anzieht, die nun Kollege Neudorfer ausgezogen hat.

Berlin. Kombinierte Versammlung am 15. März 1922 im Gewerkschaftshaus. Vor Eintritt in die Tagesordnung beschwerte sich ein arbeitsloser Kollege über den Kollegen Holzjäger, weil er bei seinem früheren Arbeitgeber in Arbeit getreten ist ohne Vermittlung durch den Arbeitsnachweis. Kollege Holzjäger erwidert, er sei krank gewesen und nach seiner Wiederherstellung von dem Unternehmer nicht wieder eingestellt worden; deshalb habe er sich im Arbeitsnachweis eintragen lassen und Klage gegen den Unternehmer erhoben. Nach seiner Ansicht sei er berechtigt gewesen, bei seinem früheren Arbeitgeber wieder in Arbeit zu treten. Es entspinnt sich eine sehr erregte Debatte. Einige verurteilen das Verhalten des Kollegen H., der, unterstützt durch seine Freunde, die Angelegenheit als eine Machination bezeichnet, um seine Kandidatur zum Verbandstag zu bereichern. Dies wird zurückgewiesen und dann folgender Antrag mit großer Mehrheit angenommen:

„Die kombinierte Versammlung nimmt Kenntnis von dem Verhalten des Kollegen Holzjäger gegenüber den Arbeitlosen. Sie stellt fest, daß dies ein Verhalten ist, was einem ehrlichen Kollegen sehr unwürdig ist. Die Versammlung ist der Ansicht, daß Kollege Holzjäger in Zukunft keine Berechtigung hat, im Interesse der Arbeitlosen zu sprechen.“

Die zu stellenden Anträge zum Verbandstag werden nach eingehender Diskussion angenommen. Der Vorkauf ist unter der Veröffentlichung des Zentralvorstandes bereits bekannt. Da bis zur Erledigung des Marmorarbeiterstreiks kein Ortszuschlag zur Streikunterstützung eingeholt worden ist, empfiehlt der Vorstand den Beschluß der Sektion I, jede Woche 20 Mark Ertrahener zu zahlen, aufzuheben. Der Vorschlag wird gegen einige Stimmen angenommen. Kollege Hof, Buchmann macht aufmerksam, daß in allen Betrieben, wo in diesem Jahre noch keine Betriebsratswahlen stattgefunden hat, dieselbe sofort vorzunehmen ist. Als Kandidaten zum Verbandstag wählt die Versammlung die Kollegen Sieben, Kowalkowski, Schröder und Benz.

Wirtschaftliche und soziale Wochenchau.

Die Konferenz von Genua erhielt in der vergangenen Woche ihr Gepräge durch den am 1. Osterfesttag unterzeichneten und veröffentlichten deutsch-russischen Vertrag. Wann man von den politischen Wirkungen der Bekanntgabe dieses Abkommens abzieht und die rein wirtschaftliche Bedeutung desselben würdigt, so kommt man zu dem Ergebnis, daß es sich hierbei um weiter nichts handelt, als um die amtliche Feststellung eines Zustandes, der sich zwischen den beiden größten wirtschaftlich wirkenden Staaten ganz von selbst herausgebildet hatte und der den wirtschaftlichen Verhältnissen wie auch den Wünschen beider Völker nach friedlicher Zusammenarbeit und befruchtendem Austausch Rechnung trägt. Ein solcher Vertrag war allerdings nur möglich zwischen Staaten, die den Leidensstich des Krieges bis zur Neige ausgekostet haben und die sich freigemacht haben von all jenen Wahnvorstellungen und Herrschaftsgelüsten, die uns in den Weltkrieg hineinrissen. Die geistige Umstellung ist erfolgt, die Arbeit kann auf der neuen Grundlage gegenseitiger Anerkennung und Hilfsbereitschaft wieder aufgenommen werden. Alle moderne Wirtschaft ist ja russisch und deutsch. Deutschland kann den Russen unendlich viele Waren liefern, deren sie dringend bedürftig sind. Was aber kann uns Rußland jetzt und in den nächsten Jahren geben? Diese Frage ist durchaus am Platze, denn Deutschland und seine Wirtschaft sind ebenfalls durch den Krieg und seine Folgen restlos ausgepowert, wir können deshalb den Russen beim besten Willen keine Kredite einräumen. Die ungenügende Ernte des Vorjahres hat gerade die fruchtbarsten Gebiete Rußlands einer Hungersnot preisgegeben, wie sie dort seit den Zeiten der großen Völkerverwanderung wohl noch nie dagewesen ist. Das neue Erntejahr wird eher noch schlechtere Erträge liefern, da gerade in den Gouvernements der „schwarzen Erde“ die Aussaat größtenteils unterblieben ist. Die Hoffnung, daß Rußland ein Getreide und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse liefern könnte, besteht also vorläufig nicht. Auch der größte Teil der russischen Bergwerke und Erdböden befindet sich in einem so jammervollen Zustande, daß für die ersten Jahre die Erzeugnisse derselben nicht für die Versorgung des russischen Marktes hinreichen. Der Goldschah der Sowjetrepublik ist für eine ausichtslose Propaganda und für andere Zwecke ausgebraucht worden. Wie soll unter solchen Umständen ein Warenaustausch möglich gemacht werden? Man wird sehr rasch entscheidende Schritte tun müssen, um Rußlands natürliche Schätze wieder nutzbar zu machen. Zu diesem Zwecke ist es nötig, daß man die Mitwirkung am Wiederaufbau der russischen Wirtschaft nicht ausschließlich dem Großkapital überläßt, sondern daß auch an eine Beteiligung der deutschen arbeitsschaffenden Arbeit gedacht wird. Deutsche Ingenieure, Werkmeister und gelernte Arbeiter müssen gewissermaßen als erste Stoßtrupp hinausgeschickt werden, um der Warenausfuhr die Wege zu ebnen und den verlotterten russischen Verkehrs- und Produktionsapparat wieder in Betrieb zu setzen. Die Arbeit wird schwer sein, aber sie ist nicht aussichtslos, Rußland ist ein Agrarstaat, dessen wirtschaftliche Not noch verhältnismäßig leicht behoben werden kann. Ein oder zwei gute Ernten können schon die Entwicklung unendlich weit vorwärts bringen. In den von den Bewohnern verlassen, aber von Natur aus fruchtbarsten Gebieten müssen deutscher Dampfzug und die deutsche Sämaschine angehebt werden. Man darf nicht vergessen, daß gerade das Hungergebiet an der Wolga seit nahezu zwei Jahrhunderten zugunsten abgelegt hat von den Erfolgen deutscher zäher Schaffenskraft. Augenblicklich weilt der deutsche Arbeitsmarkt in sehr günstigen Gepräge auf, die Lage kann sich im Verlauf weniger Monate ändern und dann würde es für Deutschland geradezu eine Lebensfrage sein, ob es für seine Tausende und Abertausende hochqualifizierter und leistungsfähiger Arbeitskräfte irgendwo jenseits der Grenze eine Befestigung findet, die auch dem Mutterlande zugute kommt.

Deutsche Bank — Deutsche Petroleum-A.-G. Während die Blicke ganz Deutschlands nach Genua gelenkt waren, hat sich in aller Stille eine Kapitaltransaktion vorbereitet, die selbst in unserm Zeitalter der Verschmelzungen größter Betriebe eine Sensation bedeutet. Die Deutsche Bank vereinigt sich mit ihrer Tochtergesellschaft, der Deutschen Petroleum-A.-G. und erhebt bei dieser Gelegenheit ihr eigenes Aktienkapital von 400 auf 800 Millionen Papiermark. Gleichzeitig soll aber eine neue Gesellschaft unter der alten Firma Deutsche Petroleum-A.-G. mit einem Grundkapital von 150 Millionen

